

Angehörigen Info

C 10 190 D

10. 3. 1993

Preis: 1,20 DM

114

IISG / ID

Brief von Brigitte Mohnhaupt

zuerst möchte ich was zu meinem „ausgangspunkt“ im moment sagen, aus dem ich rede.

die ganze zeit schon gibt es keine gemeinsame und umfassendere erklärung von uns gefangenen, wie wir die situation jetzt begreifen und darin unsere sache bestimmen. wir haben es nicht geschafft, die unterschiedlichen sicht- und denkweisen unter uns so weit zu klären, daß wir zu einem gemeinsamen grundverständnis in unserem politischen rangehen gekommen sind.

aber reden müssen wir jetzt, um wieder einen praktischen zugriff auf unsere situation zu kriegen, jede/r selbst und in der auseinandersetzung hoffentlich wir alle und mit vielen zusammen.

ich habe mich nach diesem letzten jahr gefragt, was für mich die „hauptsachen“ sind politisch, die — wenn ich einen strich unter alles ziehe — unaufgelöst und ungeklärt stehenbleiben und die wir nicht mit-schleppen können, wenn wir zu einem neuen anfang kommen wollen.

eine solche hauptsache ist für mich das ganze problem, das aus der verknüpfung der entscheidung der raf für eine zäsur im ganzen politischen mit der freiheit der gefangenen entstanden ist.

diese verknüpfung hat sich auf beides — auf die politische durchschlagskraft des schritts der raf und den sinn seiner bestimmung genauso wie auf die anstrengung, endlich einen einschnitt in der staatspolitik gegen die gefangenen zu erkämpfen — im schlechten ausgewirkt, weil sie beidem den politischen inhalt entzogen oder ihn jedenfalls verwischt hat. den inhalt und den jeweils „eigenen boden“.

um den wieder sehen zu können, denke ich, muß man die verknüpfung erst mal wieder auftrennen, in die zwei verschiedenen entwicklungen trennen, die darin auf eine falsche weise zusammengepolt sind.

die eine entwicklung ist die, aus der auch wir gefangene die entscheidung der raf für notwendig und richtig halten, ausgehend vom historischen einschnitt mitte der 80er jahre, der kette weltweiter und innergesellschaftlicher umbrüche seitdem, der totalisierung des kapitalsystems und damit

der globalisierung der auseinandersetzung, der kämpfe um lösungen gegen das elend und das verrecken, gegen die eskalierende zerstörung in der „einen welt“ heute.

das alles hat die bedingungen und den ganzen bezugsrahmen, in dem sich revolutionäre politik bewegt und bestimmt hat, auseinandergesprengt. eine einfache fortsetzung oder die „übertragung“ der alten bestimmungen auf die völlig veränderte situation weltweit ist nicht möglich, wir alle müssen die gesamten neuen bedingungen und die dimension des umbruchs überhaupt erst erfassen und zu einem neuen gemeinsamen begriff in den grundfragen kommen.

das ist das entscheidende, was der schritt der raf eröffnet hat, diesen prozeß von praktischer auseinandersetzung um unsere politik hier und für die entwicklung der notwendigen neuen strategischen bestimmungen direkt anzufangen und zu fordern.

ich weiß nicht, ob sich die kritik an der raf, die es gibt, vor allem an der entscheidung selbst (also bewaffnete aktionen jetzt aussetzen) festmacht oder daran, wie sie diesen schritt politisch begründet und vermittelt haben. ich will hier auch in erster linie darüber reden, wie wir ihn selber begreifen, aus dem, wie wir die letzten jahre nachgedacht haben. da ist für mich das aussetzen von aktionen die entscheidung,



Brigitte Mohnhaupt

die der realen entwicklung entspricht, und politisch verantwortlich.

wir haben die bewaffnete intervention hier in der metropole in einer strategischen gesamtkonzeption bestimmt, aus den zielen und dem strategischen zusammenhang der internationalen befreiungskämpfe. unsere aktion also als funktion dieser strategie, die sie mit ihrem angriff materiell und politisch entwickeln will. das ist ihre aussage und ihr ziel.

aber heute kann die bewaffnete aktion hier diese strategische funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische gesamtkonzeption nicht mehr gibt. sie trifft die veränderte wirklichkeit nicht mehr. die auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach lösungen verlangen, daß die „zentrale perspektive“, wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen bedingungen nicht mehr erfassen kann.

wir brauchen also einen gemeinsamen begriff von der „neuen realität des kapitalistischen systems“, wie ein genosse von den tupamaros das gleiche ausdrückt, um zu den konkreten inhaltlichen bestimmungen für unsere politik jetzt kommen zu können. niemand kann heute sagen, wie die strategie der zukunft aussehen wird, das wird sich erst in den auseinandersetzungen und kämpfen, die jetzt gekämpft werden, herausbilden.

das ist für mich der wesentliche inhalt der entscheidung der raf. wir müssen klar sein zu unserer politik.

zur gleichen zeit, als diese veränderungen anfangen, sichtbar zu werden, standen wir hier im knast vor der frage, wie wir unseren gefangenenkampf weiterbestimmen. wir hatten neun kollektive hungerstreiks gemacht, um den permanenten ausnahmestand um uns, isolation, trennung, vereinzelung zu durchbrechen und unsere zusammenlegung durchzusetzen. aber wir konnten die zusammenlegung immer nur für wenige erkämpfen (oder auch nur halten), nie für alle. einige von uns waren inzwischen 17, 15, 12 jahre gefangen, mehrere so krank, daß ihre gesundheitliche wiederherstellung unter knastbedingungen ausgeschlossen war.

es war klar, wir müssen jetzt endlich durchkommen, wir brauchen den direkten prozeß zusammen als überhaupt lebensbedingung hier und um politisch handeln zu können. nicht nur unsere, die ganze si-

Aus dem Inhalt

☆ Zum Prozeß gegen Angehörige wegen „Bannmeilenverletzung“ in Bonn: Die Bannmeile, der Freispruch und nur wenig Freude

☆ Aus einem Gespräch mit baskischen AnwältInnen und AktivistInnen vom 15. - 17. 1. 1993

☆ Schlußwort von Klaus Croissant

tuation brennt, aber wir können immer gerade nur das allernotwendigste hinkriegen, wir verständigen uns in abständen von wochen und monaten.

die schwierigkeit, politisch zusammen zu handeln und eingreifen zu können, wurde immer krasser, mit unserem letzten streik 84/85 — nach 15 jahren kampf dagegen — war die isolation in der öffentlichkeit zum thema geworden, sie wurde nicht mehr als selbstverständlich akzeptiert und war für den staat schließlich politisch nicht mehr haltbar. es kamen die ganzen medienkampagnen („amnestie“, „dialog“), in der linken begann die diskussion, daß die gefangenen raus müssen.

wirklich eingreifen konnten wir nur ganz begrenzt. da, wo wir es angefangen haben (die initiative zum „dialog“ 88), lief der versuch sofort wieder am staat auf.

aber wir haben eine vorstellung entwickelt, die umrisse einer vorstellung, aus der wir auch unseren neuen kampf um die zusammenlegung, den streik 89, bestimmt haben. das war unser „gefangenenprojekt“ mit dem kernpunkt diskussion — die möglichkeit für uns, teil der gesamten diskussion zu sein, ein offener austausch und diskussionsprozeß über alle fragen, die jetzt angefaßt und gelöst werden müssen, mit dem ziel, einen gemeinsamen begriff der situation zu erarbeiten, den notwendigen neuen ausgangspunkt zusammen für unsere praxis weiter.

und aus diesem prozeß konkrete schritte und initiativen zu entwickeln für unsere freiheit, jetzt den einschnitt in der vernichtungspraxis aus zwei jahrzehnten politisch durchzusetzen und für den staat unausweichlich zu machen.

unsere zusammenlegung war die materielle voraussetzung dafür, wir können eine so umfassende, weitgespannte diskussion nur führen, wenn wir zusammen sind — wenn wir auch endlich selber zusammen reden und uns auseinandersetzen können.

aber zusammen sind wir auch mit dem streik 89 nicht gekommen, obwohl so viele menschen wie noch nie unser ziel unterstützt und sich eingesetzt haben — in der zuspitzung des streiks hat sich genau die walze gegen uns gefangene aufgerichtet, die dann im durchmarsch zu „großdeutschland“ weitergerollt ist.

was im streik eine zeitlang aufgebrochen war — daß es ein politischer konflikt ist, eine politische konfrontation, mit der der staat auch nur auf der politischen ebene umgehen kann —, war für die nächsten drei jahre vollkommen weggeschluckt.

über die will ich später noch genauer reden. an deren ende jedenfalls stand dann die sogenannte kinkel-initiative, der plan der koordinationsgruppe terrorismus, der das ganze letzte jahr so viel raum eingenommen hat.

im januar hat kinkel den kgt-plan in die öffentlichkeit gebracht, im april kam die entscheidung der raf für eine politische zäsur.

im ersten teil ihrer erklärung geht die

raf auf ihre gründe für diesen schritt ein, im zweiten auf kinkels ankündigung zu den gefangenen. und da fängt das problem an, das ich meine: beides wird verknüpft, die gefangenenfrage wird in bezug gesetzt zur entscheidung der guerilla, aktionen jetzt auszusetzen. so kommt eine politische vermittlung rüber, als ob die raf-entscheidung in eine erwartungshaltung an den staat mündet: daß der nun, quasi als antwort, eine lösung für die gefangenen „zuläßt“.

das hat beidem viel luft abgedreht. weil der inhaltliche kern der raf-entscheidung eben der schritt zur politischen neuorientierung ist und das strategische moment darin für den kampf- und organisierungsprozeß hier — und nicht eine art „angebot“ an den staat, wie es dann für viele stehengeblieben ist.

entsprechend hat unsere gefangenen-sache einen starken drall in die richtung bekommen: um die freiheit muß nicht mehr gekämpft werden, sie muß nicht überhaupt erst *politisch durchgesetzt* werden, sondern das ist jetzt eine angelegenheit zwischen raf und staat und läuft im rahmen der „kinkel-initiative“ still hinter den kulissen.

das war, glaube ich, das schlimmste an dieser verknüpfung — daß sie den kampfprozeß rausgekippt hat, auf den der schritt der raf ja aus ist und den er neu mit aufbauen will und ohne den die freiheit für uns gefangene wirklich nur ein frommer wunsch bleibt.

sicher ist das ein fehler der raf gewesen, aber in der folge dann genauso unserer, weil wir, als wir gesehen haben, wohin das läuft, nichts getan haben, um ihn aufzuheben.

also ihn inhaltlich aufzulösen und auf den realen zusammenhang zu bringen. denn natürlich hängt „alles“ zusammen, und die entscheidung der raf, die eskalation zurückzustellen, um den raum für eine grundlegende neue politisierung offenzuhalten, hat die situation insgesamt verändert.

damit und mit der kurzen erklärung, die irmgard dann für uns gefangene gemacht hat, daß auch aus unserer sicht jetzt die entwicklung des politischen prozesses hier priorität hat, war auch für den staat eine veränderte „lage“ da.

alle ihre jahrzehntealten parolen, mit denen noch der winzigste schritt für die gefangenen jedesmal abgewürgt wurde, waren nicht mehr brauchbar. ein einschnitt in der staatlichen politik gegen uns war „objektiv“ möglich, der nach diesen 22 jahren nur die freiheit für alle sein kann, materielle schritte auf diese perspektive zu.

gekommen ist vom staat das gegenteil, „jetzt erst recht“, der wahn, daß sie jetzt endlich auch diesen „bereich“ unter den absatz kriegen, an dem sie mit allen maßnahmen und strategien immer nur aufgelaufen sind.

eva hat im april geschrieben: „für uns ist *jetzt* die zeit, in der unsere freiheit erkämpft werden kann, in der auch der

schritt der raf richtig und dafür eine voraussetzung ist — anders wäre ‚freiheit‘ bloß ein schöner traum.“

so sehe ich es auch, weil es einfach realistisch ist. wenn gleichzeitig angriffe der guerilla laufen, wird hier keine mobilisierung für die freiheit der gefangenen fuß fassen können, auch wenn sie breit ist und zäh am ziel festhält — das ist aus den kräfteverhältnissen hier so, der staat türmt dann sein ganzes arsenal dagegen auf und drückt den politischen inhalt weg, macht es zur reinen machtfrage.

daß sie das jetzt nicht können, daß jetzt die möglichkeit da ist, mit unseren politischen inhalten durchzukommen und weiterzukommen, für ihre durchsetzung „in der gesellschaft“ zu kämpfen — dieser reale zugriff auf die situation ist durch die politische verwirrung im letzten jahr fast untergegangen.

aber den zugriff müssen wir jetzt kriegen.

deswegen ist es mir auch wichtig, die „verknüpfung“ auf den boden zu holen, weil man sonst nicht klar denken kann. das haben wir ja an uns selber gesehen die ganze letzte zeit. und es ist eben ein grundlegender unterschied: die raf hat dem staat nichts „angeboten“ — keinen deal, weil sie sowieso das handtuch werfen und vorher noch schnell das gefangenenproblem „bereinigen“ will, und auch keinen waffenstillstand, in dem es um verhandlungen mit dem staat über die gefangenen geht.

sie hat aus ihren bestimmungen eine politisch notwendige entscheidung getroffen, die für die entwicklung radikaler und revolutionärer politik hier neue möglichkeiten enthält.

es gibt mittlerweile ein so großes loch von mißverständnissen und sich gegenseitig nicht verstehen, daß ich noch etwas sagen möchte. ich habe nicht deswegen mit der „verknüpfung“ als erster hauptsache für mich angefangen, um irgendwie auszudrücken, daran hinge jetzt alles, was politisch nicht auf die füße gekommen ist. das wäre einfach nur falsch, weil es auch nicht eine sache allein ist, die man nur auflösen braucht, und dann ist wieder „klarheit“ rundum. das kann erst ergebnis eines weiteren und tieferen diskussionsprozesses mit vielen sein, in dem wir auch erst mal voneinander begreifen müssen, was jede/r sieht und denkt, und warum.

nein, ich hab damit angefangen, weil der schritt der raf für mich das entscheidend wichtige war, weil er eine ganz andere bedeutung und auswirkung hat als alles, was auf unserer „ebene“ — der der gefangenen — passiert. eben auch im internationalen zusammenhang, in der diskussion mit genossinnen und genossen aus anderen ländern, in den fragen und gedanken dazu, die wir mitkriegen.

deswegen komme ich erst jetzt zu uns gefangenen direkt und zu unserer eigenen politik in den letzten drei jahren. und das ist die zweite hauptsache für mich, die wir

anfassen und klären müssen in der Auseinandersetzung jetzt.

dazu muß ich nochmal zum streik 89 zurückgehen und zu dem, was ich vorhin gesagt habe, daß sich in der zuspitzung damals die walze gegen uns aufgerichtet hat, die dann als „rechte“, als etablierte reaktionäre macht offen rausgekommen ist im weitermarsch zur annexion der ddr, zur neuen militärischen interventionsmacht, zum harten kern der weißen festung europa.

mit dieser, in der konfrontation ja ganz direkten erfahrung, was da als rechter block sichtbar wird, sind wir aus dem streik rausgegangen, und mit dem bewußtsein, daß wir wie im streik jetzt weiterkämpfen müssen, wo wir es trotz trennung und elenden bedingungen geschafft hatten, ihn gemeinsam zu bestimmen und unsere politik durch seine ganze entwicklung durch in der hand zu behalten.

der streik war noch mal konzentriert die erfahrung, daß unsere reale stärke als gefangene unser kollektiver zusammenhang ist und daß wir, wenn wir als handelndes kollektiv politisch da sind jetzt weiter, auch durchkommen können mit unseren zielen.

aber das kollektiv ist eben nicht einfach „da“, weil wir alle gleichzeitig im knast sind und eine gemeinsame politische geschichte haben, es ist nur möglich als dauernder prozeß, in dem alle mit der ganzen kraft um den zusammenhang kämpfen. und das haben wir nach dem streik nicht mehr gemacht. es ist klar, es gibt auch eine erschöpfung aus den vielen jahren, wo jede/r sich immer wieder aus der einzelung rauskämpfen muß. und die äußeren bedingungen haben es uns auch nicht leichter gemacht, die trennung ging für die meisten unverändert weiter, es kamen die bka-razzies, jedesmal haben sie wieder die ganze post,

jeden fetzen papier abgeschleppt, jeder gedanke von uns war „illegal“, sobald er aufgeschrieben war.

aber ich glaube, in den drei jahren ist uns das gemeinsame grundverständnis verlorengegangen, daß wir nur zusammen diesen kampf nicht verlieren werden und die kraft finden, die wir brauchen. die subjektive kraft und die politische. das ist ja unsere fundamentale erfahrung aus unserer ganzen knastgeschichte, nur zusammen waren wir in den ersten jahren überhaupt fähig, die isolation zu begreifen und nicht an ihr kaputtzugehen, dagegen kämpfen zu können und unsere ziele unter diesen ganz anderen bedingungen weiterzubestimmen.

auch in der reduzierung hier, über jahre und jahre, ist es diese anstrengung, den prozeß mit den anderen zu wollen und zu suchen, in der unsere lebensweise, wie wir draußen auch gekämpft haben, immer noch real wird. und wie hier trotz allem politischer prozeß möglich ist, kampf um veränderung, veränderung der bedingungen und die eigene veränderung, die eigene weiterentwicklung als mensch. sonst wäre der knast wirklich nur stillstand,

ohnmacht und langsames verrecken.

diese gemeinsame anstrengung haben wir nicht mehr aufgebracht, das bedürfnis, um den prozeß zusammen zu kämpfen, war nicht mehr das wichtigste. das ist für mich der grund, warum wir auch die politischen widersprüche unter uns, die in dieser zeit offen geworden sind, wenn schon nicht lösen, dann doch wenigstens rational klären konnten.

was sich durch die drei jahre durchzieht, ist eine politische richtung, die uns in meinem verständnis langsam aber sicher zu objekten machen wird, zum gegenstand staatlichen schaltens und waltens, wenn wir das nicht ganz aufknacken jetzt.

das fängt an mit der „cdu/spd-linie“, die nach dem streik aufkam. in den cdu-ländern gab es absolut gar keine veränderungen, in den spd-ländern einige wenige (die neue kleingruppe in köln, und in lübeck, wo die gefangenen seit langem nur noch zu dritt waren, kam gabi aus berlin dazu). also weiter die unterschiede in den ländern, weil die regierungsentscheidung im streik negativ gewesen war. das war im wesentlichen keine andere situation als seit jahren, nur mit umgekehrten vorzeichen: lange gab es kleingruppen nur in cdu-ländern, und für die spd war die zusammenlegung der größte teufel. aber nie sind wir deswegen auf die idee gekommen, auf die cdu zu hoffen oder aus diesen unterschieden eine politische linie zu begründen, unser politisches rangehen daran zu bestimmen. es gibt zu den gefangenen keinen „widerspruch“ zwischen den parteien, was mit uns passieren soll, darin sind sie sich immer am schnellsten einig gewesen, es gibt wenn nur unterschiede im vorgehen im blick auf die jeweils eigenen wählerInnen. so wie sich die spd dann im streik die verfassungsschutz-linie zu eigen gemacht hat.

das soll nicht heißen, daß wir blind sind und möglichkeiten nicht aufgreifen, wenn sie durch dieses unterschiedliche vorgehen sichtbar werden. aber unsere politik daran zu bestimmen, kann nur der holzweg sein und eine umkehrung und auflösung vom ganzen verhältnis: daß es hier keine lösung für uns gibt, kein winziges stück boden, das wir uns nicht erkämpfen müssen, gegen den staat politisch durchsetzen und erkämpfen müssen.

und es war ja auch der holzweg, die spd hat trotz zahlreicher gespräche keinen finger gerührt, um irgendeine bewegung in die erstarrte situation zu bringen.

es geht hier nicht um ein schema von „falsch“ und „richtig“, sondern darum, was die basis unseres politischen handelns ist, wie wir uns selbst bestimmen und daraus unsere politischen schritte und initiativen.

dieser knick im grundverhältnis hat sich fortgesetzt mit der linie von den „zwei fraktionen im staat“ — eine besonnene, die jetzt auch zu einem politischeren umgang mit den gefangenen und revolutionärer praxis insgesamt bereit wäre, und eine, die so weitermacht wie bisher. diese

„zwei fraktionen“ sind schon durch die allgemeine diskussion gegangen, bevor dann im april auch die raf von ihnen gerichtet hat. aber wer soll das sein, wer ist damit gemeint? kinkel und der verfassungsschutz auf der einen seite, das bka und die bundesanwaltschaft auf der anderen? und was soll das heißen — für uns? daß wir alle nun schauen, welche fraktion sich „durchsetzt“, wie die raf sagt?

die realität, mit der wir es zu tun haben, ist eine andere. wir haben in dem zusammenhang ja schon auf die kgt hingewiesen, nicht weil das das wichtigste ist, aber ein unmittelbarer widerspruch dazu, der ins gesicht springt. die kgt ist die operative koordinierung von politischen und staatsschutzapparaten, ein extra-legaler zusammenschluß zu mehr effizienz, schnelleren, abgestimmten entscheidungen, die dann von allen ebene getragen und umgesetzt werden. entscheidungen wie die „kinkel-initiative“.

es ist ein märchen, der baw darin die rolle der grauen eminenz zuzuschreiben, wie es die taz so gerne tut, um zu vermitteln, politisch sei ja viel mehr gewollt, nur die baw hat sich wieder dazwischengeworfen. die baw hat in dieser struktur ihre bestimmte funktion: sie führt die sache aus. was die baw macht, ist die „kinkel-initiative“. sie setzt sie um auf der praktischen ebene: justiz/vollzug, wie sie seit 1970 die politische linie gegen uns umsetzt.

es ist ganz einfach nicht wahr, daß „eigentlich“ politisch was anderes gewollt wird als das, was auch tatsächlich gemacht wird. auch die neuen prozesse gegen uns sind kein querschläger der einen fraktion gegen die andere, sondern bestandteil der gesamten entscheidung. der kgt-plan bezog sich von anfang an nicht auf alle gefangenen.

trotzdem haben wir, als das kam, nicht sofort abgewinkt, sondern wir haben kinkels ankündigung damals auch als ausdruck der 22 jahre konfrontation raf—staat und gefangene—staat genommen, in denen sie weder die raf militärisch vernichten noch unseren zusammenhang als gefangene zerbrechen konnten. und wir haben sie am einzig realen punkt angefaßt (denn der kgt-plan war schließlich nur ein plan, mehr nicht): daß damit die gefangensache als politische frage öffentlich jedenfalls wieder auf dem tisch war, und daß es so auch ein ansatzpunkt sein kann, mit dem, was wir wollen, weiterzukommen, eben jetzt einen wirklichen politischen einschnitt herauszukämpfen, die freiheit für alle.

daß wir unser ziel nur in einem langen und schwierigen kampf politisch durchsetzen können, war klar, und es war auch allen klar, daß „freiheit für alle“ im kgt-plan nicht vorkommt, das hat kinkel in tutzing und in bonn auch selber deutlich gesagt.

es war ein fehler, daß wir uns nicht gleich damals öffentlich konkret und genau damit auseinandergesetzt haben — auch ohne konsens unter uns und mit unterschiedlichen einschätzungen, denn was

wir jetzt machen, als „einzelne“ reden, hätten wir damals genauso gekonnt.

aber der größere fehler liegt darin, daß wir nicht schon lange mit einer eigenen initiative da waren, daß wir so auch nur reagieren konnten. das ganze jahr davor gab es diskussionen, 1992 zum internationalen jahr für die freiheit der politischen gefangenen zu erklären und in den veranstaltungen und initiativen, die zum 500jährigen kampf gegen die weiße beherrschung und ausplünderung der welt hier stattfinden, auch dieses ziel politisch voranzubringen. es gab andere überlegungen, die wirklichkeit der 20 jahre gefangenenkampf zum thema zu machen. aber wir selber haben keine konkrete vorstellung auf die füße gebracht, wir waren zu langsam, und dann kam der staat mit seiner vorstellung raus.

aber weiter mit den „zwei fraktionen“. drei monate später hat die raf ihre entscheidung öffentlich gemacht, die eskalation zurückzunehmen, bestimmt als schritt zu einer umfassenden politischen neuorientierung. damit war auch der kgtplan über den haufen geworfen, in dem es ja praktisch darum ging, den gefangenen abzupressen, daß sie sich mit dem staat „versöhnen“ müssen, wenn sie nicht ewig sitzen wollen. sich mit dem staat versöhnen, heißt zu erklären, daß es heute nicht mehr notwendig ist, für revolutionäre umwälzung zu kämpfen. politisch hätte das bedeutet, nicht nur die eigenen ziele aufzugeben, sondern auch gleichzeitig der raf damit die legitimation abzuspochen, weiter zu kämpfen. insofern war der kgtplan auch nur eine variation der alten sache, ihres alten ziele, über die gefangenen die raf politisch zu zerstören.

der schritt der raf hat diesen tüfeleien, wie hoch sie jetzt das stöckchen halten wollen, über das wir springen sollen, mit der entlassung quasi als wurst vor der nase, erst mal den boden entzogen. er hat klargemacht, daß der politische prozeß objektiv längst weiter ist. ganz abgesehen davon, was für ein hohn das ist, was für ein irrsinn auch, als ob wir ihre manövriermasse sind, als ob unser kampf ohne inhalt ist. wir sind heute keine anderen menschen als vor 10 oder 20 jahren, aber das haben sie ja noch nie kapiert.

es gab dann nach der erklärung der raf noch mal eine entscheidung zu uns im apparat. im august wurde sie unseren anwälten von der neuen justizministerin mitgeteilt:

1. kein politischer umgang mit der gefangenfrage, deswegen auch keine „gesamtlösung“ für die freiheit von allen, sondern über jahre hingezogen entlassungen als individuelle verfahren auf der justizschiene, einzelbeurteilungen nach gewaltverzicht und „günstiger sozialprognose“;

2. die neuen verfahren gegen uns auf der grundlage von kronzeugenaussagen werden nicht eingestellt, sondern durchgeführt, weil jedes weitere lebenslänglich zur „schwere der schuld“ zählt, die wie-

derum über den zeitpunkt der entlassung entscheidet;

3. es gibt keine zusammenlegung, wer jetzt noch alleine ist, soll es auch in zukunft bleiben (das ist rolf seit 13 jahren — bald werden es 14 sein, christian und ich seit 10 jahren, manu seit acht, andrea, rico, chris und norbert seit fünf und sechs jahren);

4. es gibt auch kein treffen von allen gefangenen für eine woche, wie wir es wollen, um endlich reden und uns verständigen zu können, wovon wir heute zusammen ausgehen. das wars, ihre politische entscheidung, und ich möchte wirklich wissen, wo die zwei-fraktionen-theorie da die miteinander ringenden kräfte im apparat sieht.

gut, aber so bleibt es politisch auch immer noch an der oberfläche, es reicht nicht zu sagen, daß diese „widersprüche im apparat“ für uns keine feststellbare relevanz haben, oder auch weitergehend: daß es noch nie so wenig „zwei fraktionen“ gegeben hat wie heute, weder in der politik gegenüber den menschen in der alten ddr noch in der interventionspolitik, in der asylopolitik oder in irgendeiner anderen grundlegenden frage für diese gesellschaft.

was ich meine, liegt tiefer — das grundverhältnis, aus dem wir uns selbst bestimmen, und wie wir uns eine politik, die radikale veränderungen erkämpfen kann, vorstellen. das ist nicht „nur“ das verhältnis zum staat, sondern der gesamte existentielle widerspruch mensch — kapital-system, aus dem man anfängt, etwas anderes zu suchen und zu versuchen, die existentielle erfahrung, daß leben, lebensqualität und lebenssinn nur gegen diese realität des systems möglich wird. das ist für mich immer die wurzel unseres kampfes und unserer identität gewesen.

wenn wir heute sagen, die probleme sind so viele und so zugespitzt, so brennend, daß überall lösungen sofort notwendig sind, die auch nur zusammen mit einer neuen gesellschaftlichen basis und gesellschaftlichen intervention erkämpft werden können — eben von allen kräften, die eine umkehrung der entwicklung durchsetzen wollen —, dann kann das ganz sicher nicht heißen: ohne diese identität, ohne dieses verhältnis.

das ist doch das schwere hier „im herzen der bestie“, im stakkato von leistung und konsum, sinnentleertem leben, zerstörten menschlichen beziehungen und menschlichen werten, überhaupt erst zu sich zu finden, den sinn vom eigenen leben zu bestimmen und darum zu kämpfen, ihn zu realisieren, die menschen zu suchen, die für das gleiche ziel aufgestanden sind und darum kämpfen wollen: für eine menschliche welt, im einfachsten sinn.

also identität herzustellen gegen die leere, die eigene achse zu finden und im politischen rangehen wiederzufinden, die trennung zwischen eigenem leben und kampf um veränderung, die hier die härteste blockierung von wirklicher politischer entwicklung ist, ganz aufzulösen.

die „zwei fraktionen“ sind ja nur ein beispiel, aber eben ein reales, eins aus dem real-existierenden politischen denken. ein denken, wo nicht mehr die eigenen ziele und daraus die suche nach der eigenen konkreten politik, den möglichkeiten der kern ist, sondern wo der ansatzpunkt zum eigenen handeln auf den staat verlagert wird, was er aus seiner interessenlage an raum für uns „zuläßt“ oder auch nicht.

aber so wird nichts weitergehen, nur die neuen alten illusionen werden auf dem bauch landen und so das gefühl, daß „hier nichts geht“, noch verstärken.

ich glaube, daß es in der auseinandersetzung um eine neue politische grundlage jetzt ganz entscheidend darum gehen wird, dieses „übermachts-denken“ aufzubrechen — daß der staat so stark ist, daß wir doch nie durchkommen mit unseren zielen — und *das subjekt* neu herauszuholen im ganzen politischen begriff und bewußtsein. für mich ist das jedenfalls ein kernpunkt, über den ich reden will, weil mich das seit jahren beschäftigt.

denn mit dieser übermacht waren und sind wir ja genauso konfrontiert, wir sind genauso durch niederlagen und einbrüche gegangen wie alle hier in diesen 25 jahren. aber unser verhältnis war nie, daß deswegen nichts möglich ist in diesem land. es stimmt ja auch nicht, unsere erfahrung ist genau, daß sehr viel möglich ist, wenn wir nicht stehenbleiben und uns den politischen zugriff auf die sich verändernden bedingungen immer wieder neu erkämpfen.

soweit zum letzten jahr und zu unserer gefangenensache. das kann natürlich jetzt nicht mehr als ein ausschnitt sein, zusammengefaßt aus der diskussion unter uns (soweit sie möglich war) und konzentriert auf diese zwei probleme.

wahrscheinlich wird es in den verschiedenen beiträgen, die jetzt von uns zusammenkommen, auch widersprüche oder offene gegensätze dazu geben. aber das ist unsere situation. mir ist das wichtigste jetzt, daß für alle, die sich mit uns auseinandersetzen, klar und nachvollziehbar wird, was wir konkret denken und warum wir so denken.

so kann dann auch ein anfang für die diskussion und politische klärung daraus werden, von der wir schon so lange reden, daß wir damit jetzt beginnen.

Diesen Brief von Brigitte Mohnhaupt und weitere Briefe von Heidi Schulz, Christian Klar, Rolf Heißler, Knut Folkerts und Lutz Taufer — Gefangene aus der RAF — können bestellt werden bei:

Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen, Hedderheimer Landstraße 155, c/o Weißes Haus, 3. Stock, 6000 Frankfurt/Main.

Bestellungen bitte schriftlich an diese Adresse und 6 DM in Briefmarken beilegen.